

o. 734. 40.

o.734.21(18e) - NU/lc

3003 Bern, den 26. November 1974

Budget-Debatte im Nationalrat;
Anträge Alder und Allgöwer auf
Streichung des UNESCO-Beitrages
der Schweiz für 1975

~~CA~~
~~28~~
~~CE~~ 39407
~~WA~~
 JK
 vly

Im Rahmen der Budget-Debatte des Nationalrates haben die Nationalräte Alder und Allgöwer unter dem Eindruck der kürzlichen "Jerusalem-Resolution" der UNESCO den Antrag gestellt, den Beitrag der Schweiz an die UNESCO für das Jahr 1975 zu streichen. Gemäss Nationalrat Allgöwer hätten wir, falls die Streichung vom Rat nicht gutgeheissen worden wäre, den Israel von der UNESCO vorenthaltenen Betrag von US-\$ 25'000.- (rund Fr. 70'000.--) aus unserem Budget direkt nach Jerusalem überweisen sollen. Die beiden Antragsteller und die Ratsmitglieder, welche sie unterstützten (Müller ZH, Schwarzenbach usw.) machten zur Stützung ihrer These vor allem emotionelle Argumente geltend:

- Die Schweiz kann als Kleinstaat die internationalen Ereignisse nicht massgeblich beeinflussen, doch hat sie die moralische Pflicht, in gewissen Fällen Stellung zu nehmen.
- Der Rechtsbruch im Abessinienkrieg hat das Ende des Völkerbundes eingeleitet.
- Die Position des Kleinstaates muss gegen die Machtansprüche der Grossen verteidigt werden; mit Leisetreterei ist nichts zu erreichen.
- In Anbetracht der unqualifizierbaren Abstimmungen in der UNESCO

./.



ist es erforderlich, dass die Schweiz ihre Missbilligung unmissverständlich demonstriert, wobei die Nichtbezahlung des Mitgliedsbeitrages für das Jahr nicht den Austritt aus der UNESCO bedeuten muss.

Es wurde auch Kritik an der Stimmabgabe der Schweiz geübt.

Die Nationalräte Renschler und Ziegler haben gegen die Streichungsanträge Stellung bezogen. Nationalrat Renschler bemerkte, in einer derart komplexen Angelegenheit könnten wir einen Entscheid nicht ohne nähere Prüfung fällen, sozusagen eine hemdsärmelige Politik betreiben. Mit Protesten würden wir an der tatsächlichen Situation nichts zu ändern vermögen. Wir müssten auch die Rückwirkungen auf die arabische Welt bedenken. Nationalrat Ziegler führte aus, es sei gefährlich, mit der bisher betriebenen "Politik der Oeffnung" zu brechen; zudem hätte ja alt Bundesrat Tschudi mit all seinem Prestige die schweizerische Delegation in Paris angeführt.

Bundesrat Graber führte im Schlusswort aus, er verstehe die Gefühle des Rates und auch der Bundesrat bedaure den von der UNESCO getroffenen Entscheid. Es sei jedoch erforderlich, unsere Reaktionen abzuwägen und jedenfalls nicht unüberlegte Entscheide zu treffen. Der Rat werde Gelegenheit haben, das Problem in der Debatte zur Interpellation Gut (der darin die Jerusalem-Resolution der UNESCO zur Diskussion stellt) eingehend zu behandeln. Festzustellen sei vor allem, dass die Schweiz gegen den Entzug der Israel in Aussicht gestellten Unterstützung und für die Einbeziehung Israels in die Aktivitäten der Region Europa gestimmt habe. Der israelische Aussenminister habe sich für die Stellungnahme der Schweiz schriftlich bedankt. Es seien auch keine Anzeichen dafür vorhanden, dass Israel seine Beiträge an die UNESCO sistieren werde oder sich von der UNESCO zurückziehen wünsche. Die Praxis, Beiträge nicht zu bezahlen habe vor allem die

UdSSR betrieben.

In der Schlussabstimmung unterlagen die Anträge Allgöwer und Alder, der Letztere mit 70 gegen 56 Stimmen.



(Nussbaumer)

Kopien z.K. an:

- Herrn Botschafter Ernesto THALMANN, W 158
- " " Michael GELZER, W 164
- " " Charles MÜLLER, W 162
- " " René KELLER, W 152 (nach Rückkehr)
- " Peter ERNI, W 268
- " Alfred HOHL, W 343
- " Franz MUHEIM, G 37
- " Paul STAUFFER, G 10
- " Gaudenz RUF, G 29
- " Minister Charles HUMMEL, UNESCO, Paris